

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 3. Sitzung des Stadtrates

vom 10. Februar 2021

**ö11. Beratungsgegenstand:** Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Lindau (Bodensee) für das Jahr 2021

**AZ:** 941

**Berichterstatter:** Felix Eisenbach, Leiter der Stadtkämmerei

#### I. SACHVERHALT:

./ Der Leiter der Stadtkämmerei, Herr E i s e n b a c h erläutert, anhand seiner Haushaltsrede und der PowerPointPräsentation die wichtigsten Eckdaten zum Haushalt 2021 (siehe Anlage).

#### Es folgen die Haushaltsreden:

- Stadtrat O b e r m a y r hält die Haushaltsrede der BL-Fraktion
- Stadtrat H u m m l e r hält die Haushaltsrede der CSU-Fraktion
- Stadträtin R u n d e l hält die Haushaltsrede der SPD-Fraktion
- Stadtrat H o t z hält die Haushaltsrede der JA-Fraktion
- Stadtrat B r o m b e i ß hält die Haushaltsrede der FB-Fraktion
- Stadtrat R e i c h hält die Haushaltrede der FW-Fraktion
- Stadtrat E s c h b a u m e r hält die Haushaltrede der BU
- Stadtrat J ö c k e l hält die Haushaltsrede der FDP
- Stadtrat M ü l l e r hält die Haushaltsrede der AG LI / ÖDP
- Stadtrat D r. R o t h f u ß hält die Haushaltsrede der AfD

./. Die Reden sind in der Anlage zu dieser Niederschrift enthalten.

## II. BESCHLUSS:

Der Stadtrat beschließt mit 18 : 11 S t i m m e n:

1. Der Stadtrat stimmt der beigefügten Haushaltssatzung 2021 sowie dem Haushaltsplan 2021 zu.
2. Der Finanzplan 2020 bis 2024 ist dem Haushalt beizufügen.
3. Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 38.208.000 EUR werden für folgende Maßnahmen eingegangen:


3.200.000 EUR	Museale Strukturen
5.540.000 EUR	Cavazzen
4.700.000 EUR	Jugendzentrum / Zeughaus
7.828.000 EUR	Zuschüsse an Kitas
4.700.000 EUR	Kindergarten Zech
400.000 EUR	Straßenbau/Instandsetzungen
130.000 EUR	RW/GW Oberreitnau-Schönau
2.000.000 EUR	Bahnübergang Lotzbeck
660.000 EUR	Brückensanierungen/-erneuerungen
4.600.000 EUR	Bodenseeradweg – Aufwertung
300.000 EUR	Straßenbau allgemein
600.000 EUR	Anheggerstraße
150.000 EUR	Geh-/Radwege
1.500.000 EUR	Neuerschließung Giebelbachgebiet
1.900.0 R	Hochwasserfreilegung Ach

- III. An die Fraktionen
- IV. An die Ämter 10, 14, 20, 30, 40, 60, GTL, Natur in Lindau, LTK, SWL, GWG z.K.
- V. Zum Akt

Lindau, 11. Februar 2021

  
Dr. Claudia Alfons  
Oberbürgermeisterin



  
Birgit Russ  
Protokollführerin

## Haushaltssatzung

der STADT LINDAU (BODENSEE) für das Haushaltsjahr 2021

Auf Grund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Stadt folgende Haushaltssatzung:

### § 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	67.238.007 Euro
---	-----------------

und

im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	27.127.222 Euro
---	-----------------

ab.

### § 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 10.955.450 Euro festgesetzt.
- (2) Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan des Eigenbetriebes Garten- und Tiefbaubetriebe Lindau (Bodensee) wird auf 16.004.000 Euro festgesetzt.
- (3) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan des Eigenbetriebes Bäder werden nicht festgesetzt.
- (4) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan des Eigenbetriebes Immobilienmanagement Lindau werden nicht festgesetzt.
- (5) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan des Senioren- und Pflegeheimes Reutin werden nicht festgesetzt.
- (6) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Krematorium werden nicht festgesetzt.
- (7) Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Parkraumbewirtschaftung wird auf 550.000 EUR festgesetzt.

- (8) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Grundstücksmanagement werden nicht festgesetzt.
- (9) Kredite zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Gebäude- und Energiemanagement werden nicht festgesetzt.

### § 3

- (1) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 38.208.000 Euro festgesetzt.
- (2) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Eigenbetriebes Garten- und Tiefbaugetriebe Lindau (Bodensee) wird auf 13.800.000 Euro festgesetzt.
- (3) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Eigenbetriebes Bäder werden nicht festgesetzt.
- (4) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Eigenbetriebes Immobilienmanagement Lindau werden nicht festgesetzt.
- (5) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Senioren- und Pflegeheimes Reutin werden nicht festgesetzt.
- (6) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Krematorium wird auf 225.000 Euro festgesetzt.
- (7) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Parkraumbewirtschaftung wird auf 8.700.000 Euro festgesetzt.
- (8) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Grundstücksmanagement werden nicht festgesetzt.
- (9) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Regiebetriebes Gebäude- und Energiemanagement werden nicht festgesetzt.

### § 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

#### 1. Grundsteuer

- |  |     |          |
|--|-----|----------|
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe | (A) | 325 v.H. |
| b) für Grundstücke                             | (B) | 405 v.H. |

#### 2. Gewerbesteuer

410 v.H.

## § 5

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 11.200.000 Euro festgesetzt.
- (2) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Garten- und Tiefbaubetriebe Lindau (Bodensee) wird auf 800.000 Euro festgesetzt.
- (3) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Bäder wird auf 500.000 Euro festgesetzt.
- (4) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Immobilienmanagement Lindau wird auf 68.000 Euro festgesetzt.
- (5) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Senioren- und Pflegeheimes Reutin wird auf 130.000 Euro festgesetzt.
- (6) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Regiebetriebes Krematorium wird auf 100.000 Euro festgesetzt.
- (7) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Regiebetriebes Parkraumbewirtschaftung wird auf 200.000 Euro festgesetzt.
- (8) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Regiebetriebes Grundstücksmanagement wird auf 30.000 Euro festgesetzt.
- (9) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Regiebetriebes Gebäude- und Energiemanagement wird auf 30.000 Euro festgesetzt.

## § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2021 in Kraft.

Lindau (B), den  
STADT LINDAU (BODENSEE)

Dr. Claudia Alfons  
Oberbürgermeisterin

## **Finanzplan**

der **STADT LINDAU (BODENSEE)** für die Haushaltsjahre

**2020 - 2024**

## 1. EINNAHMEN und AUSGABEN nach Arten

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
<b>EINNAHMEN des VERWALTUNGSCHAUSHALTS</b> =====						
<b><u>Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen</u></b>						
000	Grundsteuer A	65	65	65	65	65
001	Grundsteuer B	4.620	4.650	4.682	4.715	4.748
003	Gewerbesteuer	13.100	12.500	11.000	13.400	14.097
010	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	17.600	16.950	17.798	18.830	19.941
012	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.000	3.135	2.793	2.846	2.895
02, 03	Andere Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen	633	933	933	933	933
-----						
00 - 03	Steuern zusammen	39.018	38.233	37.271	40.789	42.679
=====						
04	Schlüsselzuweisungen	3.490	3.815	3.530	3.963	4.612
05 - 08	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	4.300	4.765	4.765	4.765	4.765
-----						
0	Steuern, allgemeine Zuweisun- gen und Umlagen zusammen (Hauptgruppe 0)	46.808	46.813	45.566	49.517	52.056
=====						
<b><u>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</u></b>						
10 - 12	Gebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Abgaben	5.443	7.261	7.155	7.471	7.527
13 - 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	2.841	2.936	2.731	2.785	2.841

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
16, 17	<u>Erstattungen von Ausgaben des VERWALTUNGSHAUSHALTS; Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke</u>					
160, 170	vom Bund, LAF, ERP- Sondervermögen	35	53	53	53	53
161, 171	vom Land	5.488	6.094	6.216	6.340	6.467
162,163,172,173	von Gemeinden, Gemeindever- bänden, v.Zweckverbänden u.dgl.	295	242	262	282	302
164-169,174-178	von sonstigen Bereichen	1.731	1.883	1.705	1.738	1.772
	<b>1 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb zusammen (Hauptgruppe 1)</b>	<b>15.833</b>	<b>18.469</b>	<b>18.122</b>	<b>18.669</b>	<b>18.962</b>
	<u>Sonstige Finanzeinnahmen</u>					
20	Zinseinnahmen	30	15	15	15	15
21	Gewinnanteile	1.220	192	192	192	192
22	Konzessionsabgaben	1.345	1.315	1.315	1.315	1.315
23 - 27	Übrige Finanzeinnahmen	365	368	368	368	368
280	Zuführung vom Vermögens- haushalt	0	0	0	0	0
281 - 289	Zuführung vom Vermögens- haushalt (aus Sonderrücklagen)	63	66	66	66	66
	<b>2 Sonstige Finanzeinnahmen zusammen (Hauptgruppe 2)</b>	<b>3.023</b>	<b>1.956</b>	<b>1.956</b>	<b>1.956</b>	<b>1.956</b>
	<b>0-2 Einnahmen des Verwaltungs- haushalts zusammen (Hauptgruppe 0 - 2)</b>	<b>65.664</b>	<b>67.238</b>	<b>65.644</b>	<b>70.142</b>	<b>72.974</b>



Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
	<b>EINNAHMEN des VERMÖGENSHAUSHALTS =====</b>					
300	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2.783	2.773	73	3.331	5.488
301 - 309	Zuführung vom Verwaltungshaushalt (für Sonderrücklagen)	75	80	80	80	80
310	Entnahme aus Rücklagen	2.185	0	87	0	0
311 - 319	Entnahme aus Sonderrücklagen	63	66	66	66	66
32	Rückflüsse von Darlehen	105	102	6.751	71	14
33 - 34	Rückflüsse von Kapitaleinlagen, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Sachen des Anlagevermögens	250	3.622	8.177	5.950	3.992
35	Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0	0	0	0
36	<u>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</u>					
360	vom Bund, ERP-Sondervermögen	3.900	2.500	0	0	0
361	vom Land	8.636	5.200	15.271	14.161	5.983
362, 363	von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden u. dgl.	0	50	0	0	0
364-368	von sonstigen Bereichen	3.850	830	0	0	0
37	<u>Einnahmen aus Krediten und innere Darlehen</u>					
370	vom Bund, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
371	vom Land	0	0	0	0	0
372, 373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden u.dgl.	0	0	0	0	0
374 - 378	vom sonstigen öffentlichen Bereich und Kreditmarkt	7.150	10.956	4.300	0	0
	Umschuldungen	675	948	1.048	666	0
379	Innere Darlehen	0	0	0	0	0

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
3	Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen (Hauptgruppe 3)	29.672	27.127	35.853	24.325	15.623
0-3	Summe der Einnahmen (Hauptgruppe 0 - 3)	95.336	94.365	101.497	94.467	88.597
<b>AUSGABEN des VERWALTUNGSHAUSHALTS</b>						
40 - 47	4 Personalausgaben (Hauptgruppe 4)	15.980	16.612	16.944	17.283	17.629
<b><u>Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u></b>						
50 - 66	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne Gruppe 67 und 68)	16.491	16.896	17.234	17.579	17.931
670 - 678	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	53	375	375	375	375
679	Innere Verrechnungen	186	390	390	390	390
68	Kalkulatorische Kosten	303	303	303	303	303
5/6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand zusammen (Hauptgruppen 5/6)	17.033	17.964	18.302	18.647	18.999
<b><u>Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)</u></b>						
70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	8.562	9.345	9.532	9.722	9.917

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
71, 72	<u>Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen</u>					
710, 720	an Bund, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
711, 721	an Land	25	25	25	25	25
712,713,722,723	an Gemeinden und Gemeinde- verbände, Zweckverbände u. dgl.	0	0	0	0	0
715,716,725,726	an kommunale und sonstige öffentliche Sonderrechnungen	5.638	4.171	4.012	3.910	3.819
714,717,718 727,728	an sonstige Bereiche	99	1002	1.062	1.062	1.062
73 - 78	Leistungen der Sozialhilfe u.ä.	0	2	2	2	2
7	Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (Hauptgruppe 7)	14.324	14.545	14.633	14.721	14.825
	<u>Sonstige Finanzausgaben</u>					
80	Zinsausgaben	892	710	680	621	562
81	Gewerbesteuerumlage	1.120	1.050	939	1.144	1.203
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	13.452	13.499	13.988	14.310	14.183
84, 85	Weitere Finanzausgaben, Deckungsreserve	5	5	5	5	5
860	Zuführung zum Vermögens- haushalt	2.783	2.773	73	3.331	5.488
861 - 869	Zuführung zum Vermögens- haushalt (für Sonderrücklagen)	75	80	80	80	80
8	Sonstige Finanzausgaben zusammen (Hauptgruppe 8)	18.327	18.117	15.765	19.491	21.521
4-8	Ausgaben des Verwaltungs- haushalts zusammen (Hauptgruppen 4 - 8)	65.664	67.238	65.644	70.142	72.974

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
	<b>AUSGABEN des VERMÖGENSHAUSHALTS</b> =====					
92, 98	<u>Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen</u>					
920, 980	an Bund, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
921, 981	an Land	0	0	0	0	0
922,923,982,983	an Gemeinden und Gemeinde- verbände, Zweckverbände u. dgl.	0	0	0	0	0
924-928, 984-988	an sonstige Bereiche	725	940	4.000	2.875	1.628
93	<u>Vermögenserwerb</u>					
930, 936	Erwerb von Anteilsrechten	274	217	727	806	994
932	Erwerb von Grundstücken	109	96	100	100	100
934, 935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	1.374	2.190	3.250	1.450	750
94 - 96	Baumaßnahmen	23.549	19.556	23.280	14.780	7.870
92-96, 98	Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen zusammen	26.031	22.999	31.357	20.011	11.342
	=====					
900	Zuführung zum Verwaltungs- haushalt	0	0	0	0	0
901 - 909	Zuführung zum Verwaltungs- haushalt (aus Sonderrücklagen)	63	66	66	66	66
910	Zuführung an Rücklagen	0	82	0	0	0
911 - 919	Zuführung an Sonderrücklagen	75	80	80	80	80

Gruppierungsnr.	Einnahmeart	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
97	<u>Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen</u>					
970	an Bund, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
971	an Land	1	1	1	1	1
972, 973	an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände u. dgl.	0	0	0	0	0
974 - 978	an sonstigen öffentlichen Bereich und Kreditmarkt	2.826	2.950	3.300	3.500	3.500
	Umschuldungen, a.o. Tilgung	676	949	1.049	667	634
979	Rückzahlung innerer Darlehen	0	0	0	0	0
992	Deckung von Fehlbeträgen (Soll-Fehlbeträgen)	0	0	0	0	0
990, 991	Übrige Ausgaben des Vermögenshaushalts	0	0	0	0	0
90, 91, 97, 99	Sonstige Ausgaben des Vermögenshaushalts zusammen	3.641	4.128	4.496	4.314	4.281
9	Ausgaben des Vermögenshaushalts zusammen (Hauptgruppe 9)	29.672	27.127	35.853	24.325	15.623
4-9	Summe der Ausgaben (Hauptgruppen 4 - 9)	95.336	94.365	101.497	94.467	88.597

**2. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen  
nach Aufgabenbereich**

Gliederungsnr.	Aufgabenbereiche	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
00 - 08	0 Allgemeine Verwaltung	171	550	300	300	300
10 - 13	1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	456	466	300	300	300
	<u>Schulen</u>					
21	Grund- und Mittelschulen	1.448	404	1.650	2.150	2.150
20, 22 - 29	Übriges	0	0	0	0	0
	2 Einzelplan 2 zusammen	1.448	404	1.650	2.150	2.150
	<u>Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege</u>					
32	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	3.886	6.079	6.290	2.700	200
33	Theater, Konzerte, Musikpflege	71	53	50	50	50
30, 31, 34 - 37	Übriges	41	80	50	50	50
	3 Einzelplan 3 zusammen	3.998	6.212	6.390	2.800	300
	<u>Soziale Sicherung</u>					
43, 46	Einrichtungen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe	2.710	1.501	7.900	5.975	3.728
40, 47	Übriges	0	0	0	0	0
	4 Einzelplan 4 zusammen	2.710	1.501	7.900	5.975	3.728

Gliederungsnr.	Aufgabenbereiche	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR
<u>Gesundheit, Sport, Erholung</u>						
55 - 57	Sport, Badeanstalten	100	30	100	100	100
58	Park- und Gartenanlagen	4.215	1.655	5.680	100	100
50 - 54, 59	Übriges	0	10	0	0	0
5	Einzelplan 5 zusammen	4.315	1.695	5.780	200	200
<u>Bau- und Wohnungswesen, Verkehr</u>						
63 - 66	Straßen	9.215	9.460	6.260	5.630	2.370
60 - 62, 67 - 69	Übriges	1.165	110	1.150	950	100
6	Einzelplan 6 zusammen	10.380	9.570	7.410	6.580	2.470
<u>Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung</u>						
72	Abfallbeseitigung	850	105	50	50	50
70, 71, 73 - 79	Übriges	812	543	250	250	250
7	Einzelplan 7 zusammen	1.662	648	300	300	300
<u>Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen</u>						
88	Allgemeines Grundvermögen	617	1736	600	600	600
80 - 87, 89	Übriges	274	217	727	806	994
8	Einzelplan 8 zusammen	891	1.953	1.327	1.406	1.594
0-8	Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen insgesamt	26.031	22.999	31.357	20.011	11.342

# Haushalt 2021

- Beschluss -

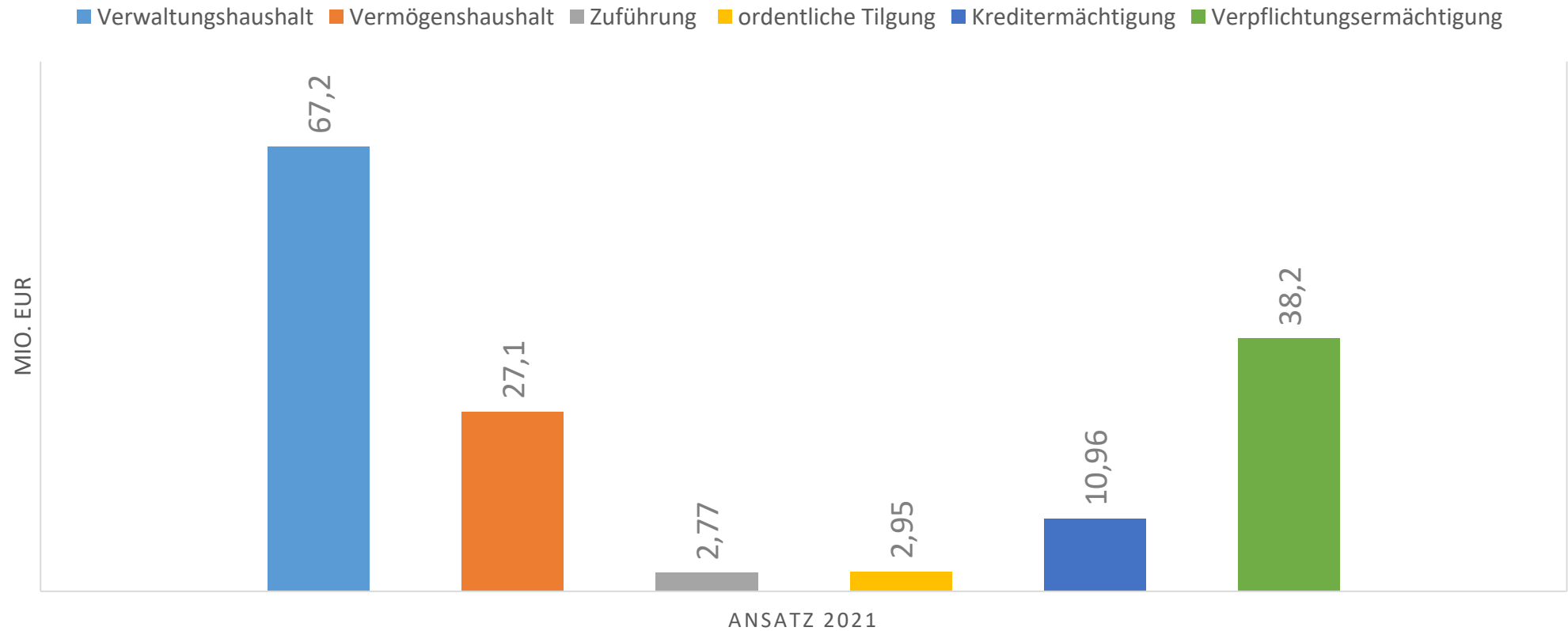




# Eckdaten zum Haushalt

Ausgeglicherener

Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2021



# Verpflichtungsermächtigungen 2021

Maßnahme	Ansatz
Museale Strukturen	3.200.000
Bauprojekt Cavazzen	5.540.000
Jugendzentrum/Zeughaus	4.700.000
Zuschüsse Kitas	7.828.000
Kita Zech	4.700.000
Straßenbau/-instandsetzung	400.000
RW/GW Oberreitnau-Schönau	130.000
Bahnübergang Lotzbeck (Eigenanteil)	2.000.000
Brückensanierungen/-erneuerungen	660.000
Bodenseeradweg- Aufwertung	4.600.000
Straßenbau allgemein	300.000
Anheggerstraße	600.000
Geh-/Radwege	150.000
Neuerschließung Giebelbauch (evtl. Vorfinanzierung)	1.500.000
Hochwasserfreilegung Ach	1.900.000
<b>Verpflichtungsermächtigten gesamt</b>	<b>38.208.000</b>



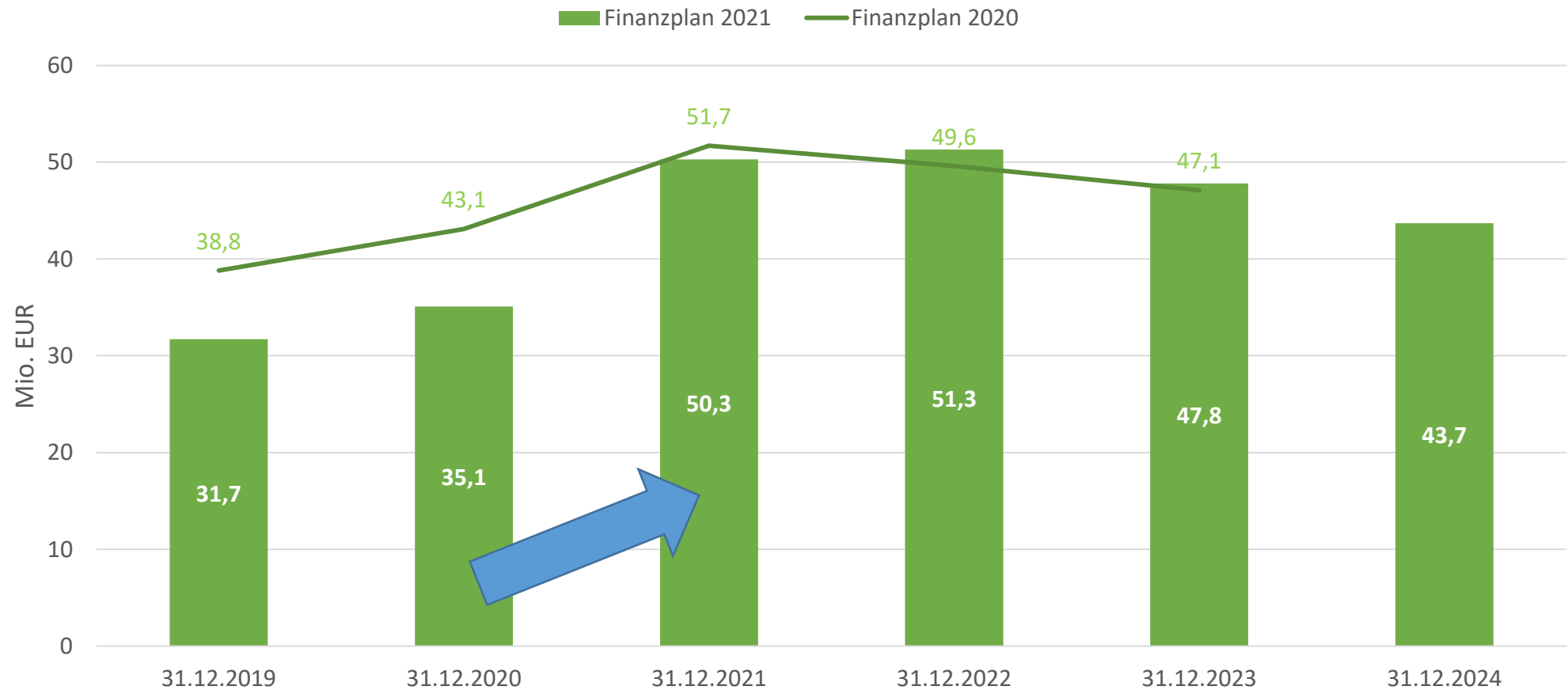
# Dauernde Leistungsfähigkeit

		2020	2021	2022	2023	2024
1.	Zuführung zum Vermögenshaushalt (Gr. 86)	2.858	2.853	153	3.411	5.568
abzüglich						
1.1	Zuführung zum Vermögenshaushalt – Sonderrücklagen	75	80	80	80	80
1.2	Bedarfszuweisungen (UGr. 051)	0	0	0	0	0
1.3	Zuführung vom Vermögenshaushalt (HHSt. 91.280)	0	0	0	0	0
1.4	Ordentliche Tilgung von Krediten	2.826	2.950	3.300	3.500	3.500
zuzüglich						
1.5	Rückflüsse von Darlehen (Gr. 32)	105	102	6.751	71	14
1.6	Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG	365	370	370	370	370
<b>2.</b>	<b>Bereinigtes Ergebnis</b>	<b>427</b>	<b>295</b>	<b>3.894</b>	<b>272</b>	<b>2.372</b>
	Zuführung (ohne Sonderrücklage) > ordentliche Tilgung		nein	nein	nein	ja
	Differenz		-177	-3.373	-169	+1.988



# Schuldenentwicklung

## Darlehensstand – Kernhaushalt

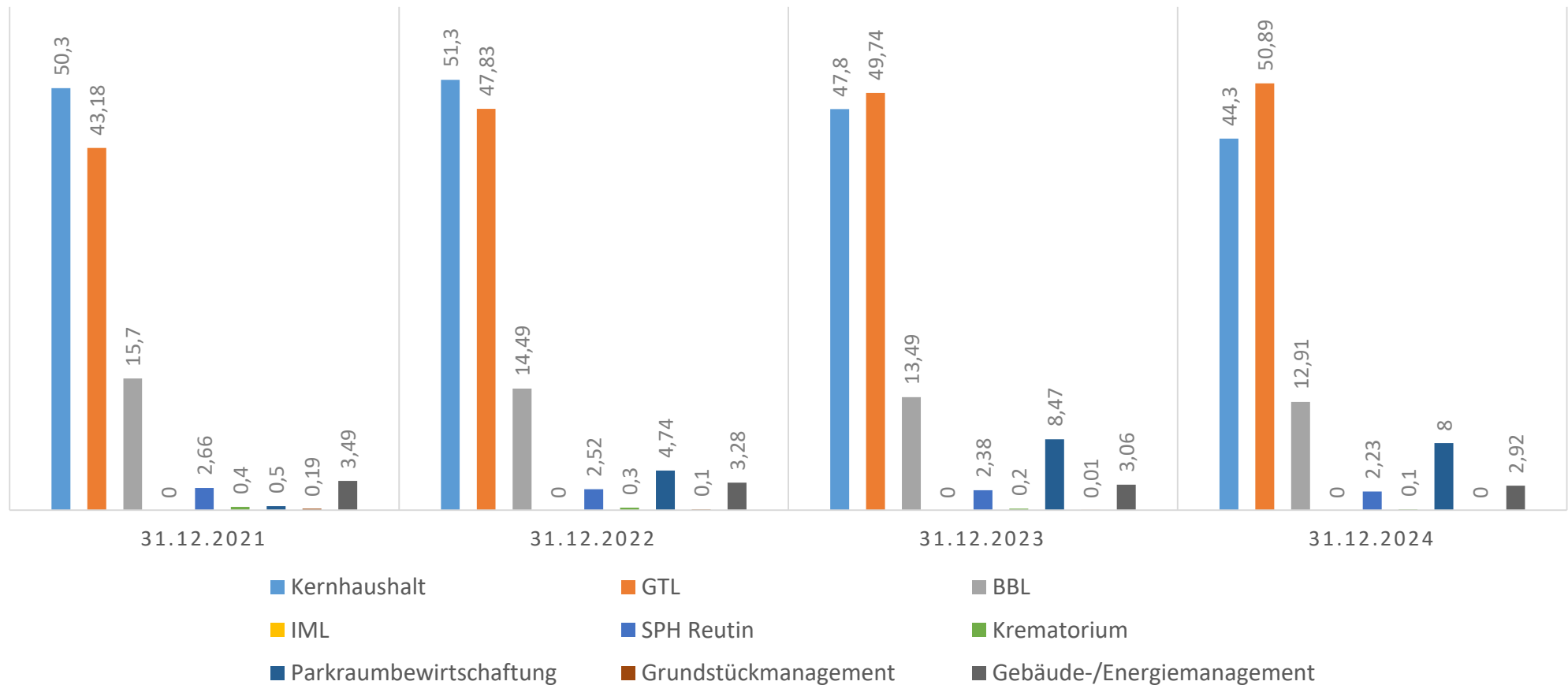


Ermächtigung aus 2020 7,15 Mio. EUR + Ansatz 2021 11 Mio. EUR – ordentliche Tilgung 2,95 Mio. EUR



# Schuldenentwicklung

## Darlehensstand – Kernhaushalt + Eigen-/Regiebetriebe



**DANKE**



## Haushaltsrede im Stadtrat am 10.02.2021 – Felix Eisenbach

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt und die Wirtschaftspläne bilden das Gerüst des kommunalen Handels. Heute liegen die verschiedensten Pläne zur Verabschiedung vor. Nicht wie in den vergangenen Jahren zum Ende des Jahres, sondern pandemiebedingt zum Start des Jahres. Mit dem heutigen Beschluss startet der Genehmigungsprozess, mit offenem Ausgang.

Die Wirtschafts- und Erfolgspläne wurden in den jeweiligen Ausschüssen mehrheitlich „genehmigt“. Auch die Haushaltspläne und Finanzpläne des Kernhaushaltes und der Regiebetriebe wurden im Rahmen der Haushaltsberatung diskutiert und letztlich mehrheitlich „beschlossen“. Die Haushaltsberatungen verliefen sehr konstruktiv und es wurden lediglich kleinere Abweichungen im Vergleich zum Entwurf vorgenommen. Danke an die Mitglieder des Finanzausschusses und an meine Kolleginnen und Kollegen für die Mitwirkung.

### *Kernhaushalt - PPP – Eckdaten*

Wie die vergangenen Jahre auch, können wir einen ausgeglichenen Kernhaushalt 2021 der Stadt Lindau vorlegen. Die Mindestzuführung „ordentliche Tilgung“ wird nach aktuellem Plan in 2021 nicht erreicht.

- Verwaltungshaushalt	67,2 /	65,6 Mio. EUR
- Vermögenshaushalt	27,1 /	29,6 Mio. EUR
- Zuführung zum Vermögenshaushalt	2,77 /	2,7 Mio. EUR
- Darlehensaufnahmen	11 /	7,15 Mio. EUR
- Verpflichtungsermächtigung	38,2 /	54,1 Mio. EUR

### *Verwaltungshaushalt*

Im Verwaltungshaushalt zeigen sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere im Bereich der Gewerbe- und Einkommensteuer. Allein die nächsten drei Jahre rechnen wir anhand der Steuerschätzung mit rund 9,2 Mio. EUR weniger Einnahmen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen 2021ff bleibt abzuwarten. Die Mai-Steuerschätzung wird hier aktuelle Erkenntnisse liefern, auch ob es dann einen weiteren Rettungsschirm für die Kommunen geben wird.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt im Vergleich zum Haushalt 2020 um 1,6 Mio. EUR.

Ausgabensteigerung/Einnahmenreduzierung, insbesondere

- Steuerrückgänge (Gewerbsteuer, Einkommensteuer)
- Personalkosten
- sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand
- Zuschüsse/Zuweisungen
  - o LTK, Kinderbetreuung, EBC

Einnahmensteigerung/Ausgabenreduzierung, insbesondere

- Steuereinnahmen (Zeitwohnungssteuer)
- Kurbeitrag
- Parkraumbewirtschaftung/KVÜ
- Schlüsselzuweisungen
- Zuschüsse Kinderbetreuung

*Vermögenshaushalt (Volumen 27,1 Mio. EUR)*

Im Vermögenshaushalt findet sicher jeder eines seiner Projekte. Hervorheben möchte ich hier die Fortführung der Kita-Projekte, Cavazzen, Bahninfrastruktur, Straßen und Brücken, Gartenschau, Feuerwehr. Das Thema Schulinfrastruktur wird die nächsten Haushalte prägen, Mittel für die Vorbereitung/Planung stehen zur Verfügung.

Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt durch die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt, Zuwendungen, Verkaufserlöse und Darlehensaufnahme.

*Verpflichtungsermächtigung (Volumen 38,2 Mio. EUR) – PPP VE*

Des Weiteren sind im Haushalt 2021 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 38,2 Mio. EUR enthalten, welche im Finanzplanungszeitraum bis 2024 in Ansatz gebracht werden.

Aus gegebenen Anlass möchte ich noch zu betonen, dass ein beschlossener Ansatz bzw. eine Verpflichtungsermächtigung nicht den Projektstart einer neuen Maßnahme begründet, sondern lediglich die Möglichkeit bietet, in diesem Rahmen Ausgaben zu tätigen bzw. Verpflichtungen einzugehen. Beschlüsse zu den Maßnahmen werden im Laufe des Jahres dem Stadtrat bzw. den Ausschüssen vorgelegt.

*Dauernde Leistungsfähigkeit – PPP Leistungsfähigkeit*

Auf Grund der Auswirkungen der Corona-Pandemie erreicht die Stadt Lindau die Mindestzuführung bis einschließlich des Jahres 2023 nicht. Dennoch kann der Haushaltsausgleich dargestellt werden. Die pandemiebedingten Einbrüche von 9,2 Mio. EUR werden insbesondere durch Ansatzserhöhung bei den Verkaufserlösen um knapp 7 Mio. EUR (bisher 12 Mio. EUR) und Darlehensmehraufnahmen von 1,3 Mio. EUR „finanziert“.

Positiv zu erwähnen ist, dass der Landkreis voraussichtlich den Hebesatz um 1,5 Punkte für das Jahr 2021 senken wird (-0,5 Mio. EUR). So kann in 2021 ein bereinigtes Ergebnis von +0,3 Mio. EUR ausgewiesen werden. Dies ist eine große Entlastung für die kreisangehörigen Kommunen. Hier gilt der Dank der Verantwortlichen im Kreis.

Das bereinigte Ergebnis zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit ist durchgängig positiv.

In 2024 übersteigt die Zuführung zum Vermögenshaushalt die ordentliche Tilgung um knapp 2 Mio. EUR.



## *Gesamtschau/Investitionstätigkeit/Zuwendungen/Schulden/Ausblick*

Corona wirft auch auf 2021 seinen Schatten und wird uns in den nächsten Jahren noch begleiten. Dennoch gibt es in 2021 auch Erfreuliches. Die Projekte Daueranlagen Hintere Insel, Neubau Grundversorgungsbad, Neubau GTL, Bahnquerung Langenweg/Bregenzer Str. werden abgeschlossen und es ist mit keinen großen Kostensteigerungen mehr zu rechnen.

Wichtige Projekte der Infrastruktur sind im Haushalt bzw. im Finanzplan abgebildet.

In den Finanzplänen des Kernhaushaltes, der Regiebetriebe und der Eigenbetriebe sind nicht nur die „großen“ Investitionsprojekte, wie,

- die zahlreichen Bahninfrastrukturmaßnahmen
- Cavazzen + Museumsdepot + Museale Strukturen
- Inselhalle (Abrechnung, Saaldecke, Wassereintrag)
- Parkierungsanlagen

angesetzt, sondern auch Maßnahmen, wie,

- Investitionen in Kindertageseinrichtungen
- Investitionen in Schulinfrastruktur (Digitalisierung, , Lüftung, Erweiterung, Modernisierung, Sanierung, Werkraum)
- Fortführung Digitalisierung der Verwaltung
- Investitionen Feuerwehr (Feuerwehrfahrzeuge, Ausrüstung)
- Investitionen in Kultureinrichtungen
- Instandsetzung und Ausbau von Straßen/Brücken
- Investitionen Radverkehrsförderung (u.a. Bodenseeradweg, Klimostationen)
- Umgestaltung Bushaltestellen
- Hochwasserschutzmaßnahmen
- Instandsetzungsinvestitionen
- Investitionen in Hochbauten der Stadt

Der städtische Eigenanteil an den vorgenannten Maßnahmen wird durch diverse Zuwendungen reduziert. Durch unseren Einsatz (Verwaltung/Politik) und unsere guten Beziehungen zu Zuwendungsgebern können wir unseren Eigenanteil bei den geförderten Vorhaben deutlich reduzieren (30-40%). Dies ist auch ein Ergebnis der Investitionstätigkeit und Verlässlichkeit als Zuwendungsempfänger der letzten Jahre.

### *Schuldenentwicklung – PPP Schulden*

Die Entwicklung des Schuldenstandes haben wir im Blick, die Stadt Lindau nimmt nur die Kredite auf, welche sie auch bedienen kann, so ist auch die Vorgabe des Landratsamtes. Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit wird sich der Schuldenstand im städtischen Kernhaushalt gem. Finanzplan zum 31.12.2022 auf 51,3 Mio. EUR erhöhen. Eine Reduzierung ist ab 2023 vorgesehen.

In der städtischen Gesamtbetrachtung wird der Schuldenstand deutlich steigen, die liegt insbesondere an den Investitionen im Abwasserbereich (rentierliche Schulden). Das Zinsniveau „unterstützt“ die Investitionstätigkeit der Stadt. Der durchschnittliche Zinssatz liegt im Kernhaushalt mittlerweile bei ca. 2 % und wird weiter sinken (2011: 4,44 %).

## Fazit

Im vergangenen Jahr hab ich regelmäßig über die Haushaltssituation berichtet und bereits dafür sensibilisiert, sich nur noch auf die „Pflichtaufgaben“ bzw. laufenden Projekte zu konzentrieren. Aus meiner Sicht ist es uns gemeinsam gelungen dies im Haushalt abzubilden. Auch in den kommenden Jahren müssen wir priorisieren. Es wird auf jeden Fall eine Herausforderung, aber ich bin zuversichtlich, dass wir dies erreichen werden.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Dr. Alfons, bei allen Stadträtinnen und Stadträten für das entgegengebrachte Vertrauen und für die konstruktive Zusammenarbeit. Bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung für das guten Mitwirken und die Unterstützung.

Und natürlich bei meinem Kämmerei-Team, welches mich im auch in diesem Jahr als Kämmerer super unterstützt hat.

Nun wünsche ich uns interessante und kurzweilige Haushaltsreden, und bleiben Sie gesund.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Haushaltsrede 2021-02-10**

**CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hummler**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

werte Kollegen,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die erfolgreiche Politik der letzten Jahre ist allen bekannt. Wir haben, Zeichen gesetzt und Liegengebliebenes aufgearbeitet. Ganz nach dem aristotelischen Leitsatz, zielorientiert, pragmatisch, mit entsprechenden Methoden und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Auch die immer wieder eingeforderte dauerhafte Leistungsfähigkeit wurde im Finanzplan nachgewiesen und somit die Haushalte genehmigt.

**und .....**

plötzlich kommt Corona, ohne Vorwarnung, ohne unser Zutun!

**und jetzt....** bröckeln in den kommenden Jahren den Kommunen die

Finanzmittel weg und andere Ausgaben nehmen zu.

Beispielhaft die Kostenentwicklung im Personalbereich.

Diese hat sich in den letzten Jahren, vor allem durch Personalmehrung, stark nach oben entwickelt. So lagen die Personalausgaben 2015 bei ca. 17,5 Mio. EURO. Nach Ausgliederung der GTL in einen Eigenbetrieb reduzierten sich die Kosten auf 12,5 Mio. Euro. Heute liegen wir beim Kernhaushalt bei 16,6 Mio. Euro. In sechs Jahren eine **Zunahme von 30% oder 4 Mio. EURO.**

Wenn wir es nicht schaffen, den ständig steigenden Ausgaben durch strukturelle, organisatorische Veränderungen zu begegnen, werden wir uns all das Vorgenommene nicht leisten können. Hierbei muss allen Beteiligten spätestens jetzt klar sein,

**Sonderwünsche können nicht erfüllt werden.**

Finanzielle Sicherung ist eng verbunden mit einer dauerhaften Liquidität. Gerade deshalb dürfen wir unseren Blickwinkel nicht **nur** auf den Haushaltsentwurf 2021 konzentrieren, sondern auf **die** Herausforderungen der kommenden Jahren welche wir als Stadt Lindau **erfüllen müssen.**

Die Grundsatzfrage die sich uns stellt ist,

**wie schaffen wir es, Lindau nachhaltig zukunftssicher zu machen?**

Dazu müssen wir bereits im Vorfeld unserer Entscheidungen die Auswirkungen und Folgen ganzheitlich betrachten.

**Wie bewältigen wir die zeitgemäße Veränderungen im Verwaltungsbereich?**

Inzwischen ist es **fast** angekommen, der Bedeutungswandel der Informationstechnik als Treiber von Veränderung mit Hilfe der IT Steuerung. Beschäftigte man sich in der

Vergangenheit mit IT Ausstattung als Einzellösungen, müssen wir heute die **Geschäftsprozessoptimierung** in den Mittelpunkt stellen. Unsere

Verwaltung benötigt dringend eine zeitgemäße Vernetzung, Zusammenarbeit und Steuerung von Veränderungsprozessen. IT Steuerung muss zum Kernprozess der Verwaltungsorganisation werden. Wer hier sparrt, denkt kurzfristig und wird die notwendigen Finanzmittel - wie oben erwähnt - in althergebrachte Strukturen stecken!

Die Einbeziehung externer Partner scheint uns hier zwingend notwendig um diese Veränderungsprozesse zügig aufzunehmen und in Gang setzen zu können.

### **Wie und wo wollen wir Wohnen, Arbeiten und Leben?**

Für die kommenden Jahren haben wir als Kommune drei große Wohnbauprojekte, vorgesehen um den notwendigen Raumbedarf und die Steuerung des Wohnungsmarktes zu bewerkstelligen. Ziel muss es sein, städtische Innenräume zu nutzen, zu verdichten und möglichst wenig neue Flächen zu verbrauchen. Die Projekte Stadtgärtnerei und Bauhof eignen sich hierbei besonders. Sie sind zentrumsnah, bieten eine gute Infrastruktur mit kurzen Wegen und bieten an das Auto zuhause zu lassen. Die Bauweise muss zukunftsweisend, energieeffizient und auf Nachhaltigkeit bedacht sein.

Die Neuerschließung von **Gewerbeflächen** unterliegen den gleichen Bedingungen. Daneben schaffen wir neue Arbeitsplätze was wiederum Mehreinnahmen im Haushalt durch Gewerbesteuerereinnahmen bedeutet.

**Leben** und Freizeitverhalten innerhalb der Städte wird immer bedeutsamer, Urlaub im Ausland schwieriger. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig die Aufenthaltsqualität der Innenstädte aufzuwerten.

Mit entsprechenden wohnortnahen Ruhe- und Aufenthaltszonen wie unsere Parks oder Reutin Mitte schaffen wir Oasen des Wohlfühlens und tun gleichzeitig etwas für unser Klima.

### **Zum Leben in einer Stadt gehört auch Kultur - eine Stadt ohne Kultur ist leer!**

Wir hatten in den 70-iger Jahren den Slogan

#### **„Lindau - Alte Stadt für junge Leute“**

der eigentlich alles beinhaltet.

**Alt** - steht für unsere Historie - unsere Denkmäler, unsere Liegenschaften. Das ist uns Verpflichtung!

z. B. Cavazzen, Hoyerbergschlöble etc.

**Jung** - für ein breites Angebot von Theater, Musik, Kunst und sonstigen kulturellen Veranstaltungen mit dem Lindau gut aufgestellt ist.

Das alles bindet enorm viel Finanzkraft und wäre ohne öffentliche Förderungen nur zu leisten, wenn wir auf andere Vorhaben verzichten!

### **Welchen Stellenwert wollen oder müssen wir der Mobilität einräumen?**

Ein entsprechendes **Möbilitätskonzept**, muss einer ganzheitliche Betrachtung unterliegen. Die Verkehrswende ist nur mit dem Umstieg auf das Rad nicht getan, auch nicht in Lindau! Verhaltensänderungen und Nachhaltigkeit in Sachen Mobilität werden uns nur gelingen wenn wir unsere Bürger Mitnehmen. Um so attraktiver das Angebot des ÖPNV, um so häufiger wird dieser angenommen. Das Auto, aus das Rad, als Fortbewegungsmittel wird bleiben, aber wo stellen wir diese ab?

Die Fragen des ruhenden Verkehrs müssen zeitnah geklärt werden. Fundamentale oder gar radikale Ansätze bezüglich der klimawirksamen Folgen nützen uns hier wenig.

Was unser **Straßennetz** angeht können wir uns glücklich schätzen, dass wir mit dem Projekt Fahrradstraße eine sehr hohe Förderung erhalten, die es uns ermöglicht Schritt für Schritt die Straßen von Degelstein bis zur österreichischen Grenze zu sanieren. Bei all der Diskussion ist hier die Ratio angesagt und die scheint mir bei einigen Kollegen nicht immer vorhanden zu sein!

Reden wir über die Zukunft unserer Kinder, reden wir über unsere **Schulsituation**. Zukunftsfähige Lösungen, wie unsere Schullandschaft auszusehen hat, bedürfen keiner Schnellschüsse und Einzellösungen, meine Damen und Herren! Hier wird uns der große Wurf nur gelingen, wenn uns ein ganzheitliches, strukturiertes und **finanzierbares** Schulkonzept vorliegt.

**Auf die entsprechenden Fördermittel kann und darf die Stadt nicht verzichten!**

Meine Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Fr. Alfons,  
liebe Mitarbeiter der Verwaltung,

Corona wird uns weiterhin beschäftigen, die Kassenlage laut Finanzplan ist nicht rosig. Hier müssen wir genau hinsehen, ob die ein oder andere im Haushalt aufgeführte Ausgabe auch wirklich zur Ausführung kommen muss!

Eine zunehmende Bürokratisierung im Verwaltungsapparat bauscht auf und wirkt dem Sparwillen und Erfolg entgegen. Meist genügen zur Klärung von Sachverhalten kurze Telefonate und es bedarf in der Folge keiner zusätzlichen Nachfragen über mehrere Dienststellen hinweg.

Nun bedanken wir uns recht herzlich bei Ihnen für Ihre erbrachten Leistungen. In diesen Dank beziehen wir alle Mitarbeitern der Verwaltung, der einzelnen Regiebetriebe und unserer Gesellschaften mit ein und bitten Sie, lassen Sie sich auf Neues ein, wagen Sie die anstehenden Veränderungsprozesse, denken Sie anders, denn nur so werden wir die Aufgaben der Zukunft gemeinsam meistern.

Die CSU stimmt dem vorgelegten Haushalts- und Stellenplan zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Lindau, 10. 02. 2021

Thomas Hummler  
Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Haushaltsrede SPD-Fraktion Zum Haushalt der Stadt Lindau für das Haushaltsjahr 2021**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,

Pflicht vor Kür! Diese Maxime galt angesichts der umfangreichen Projekte, welche die Stadt auf den Weg gebracht hat, schon vor Corona und gilt jetzt erst recht: Die finanziellen Auswirkungen der Pandemie stellen uns in diesem Jahr, insbesondere aber in den Jahren 2022 und 2023, vor immense Herausforderungen. Fast 10 Mio. an Einnahmen fehlen in den nächsten drei Jahren und so ist es unsere Pflicht, uns auf das Notwendige zu konzentrieren.

Aber: was ist das Notwendige? Darüber gibt es natürlich im Stadtrat unterschiedliche Meinungen. Positiv zu vermerken ist, dass der Stadtrat sich einig ist, keine finanziellen Risiken einzugehen.

Unstreitig notwendig ist, die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Dies gelingt - neben den Zuschüssen und Darlehen - in erster Linie durch Grundstücksverkäufe. Das hat nichts mit Verscherbeln von Tafelsilber zu tun, sondern ist richtig: Zum einen, weil die Verkäufe an die GWG der Schaffung von wertvollem Wohnraum, also einem übergeordneten Ziel, dienen. Zum anderen, weil die Alternative noch höhere Schulden wären. Zins und Tilgung hierfür im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften, ist derzeit aber nicht darstellbar.

Notwendig – aus unserer Sicht - sind die Stellenmehrungen im Bereich der Kämmerei, des Bauamtes und der EDV. Wie alle Kommunen stellt das neue Umsatzsteuerrecht auch unsere Verwaltung vor kolossale Aufgaben. Um diese zu meistern, ist eine weitere Stelle unumgänglich. Das gleiche gilt für das Bauamt und die EDV. Beschlossen wurde zudem eine Stelle für die Organisationsentwicklung. Hiervon erwarten wir allerdings auch Optimierungseffekte, sei es infolge einer Neustrukturierung oder bei Stellennachbesetzungen.

Jedwede weitere – wünschenswerte - Stelle lehnen wir derzeit ab.

Des Weiteren ist eine konsequente Weiterführung der angefangenen Projekte unabdingbar. Cavazzen, Therme mit attraktiven Familien- und Freibad sowie die Gartenschau bringen Lindau einen nachhaltigen Mehrwert. Darauf können sich BürgerInnen und Gäste gleichermaßen freuen. Diese Projekte stärken darüberhinaus die Wirtschaftskraft der Stadt, was der stark gebeutelten Hotellerie und Gastronomie und dem existentiell bedrohten Einzelhandel zugute kommt.

Absolut notwendig sind die Investitionen in Kitas und Schulen. Aufgrund der Nachfrage steigen die Zuschüsse für die Kinderbetreuung stetig. Daneben liegt der Schwerpunkt derzeit im Stadtteil Zech. Mit einer halben Million Euro für Planungskosten und einer VE von 4,7 Mio. für den Kita-Neubau sowie der Übertragung des Haushaltseinnahmerestes von 482.000 Euro für die Grundschule. „Kurze Beine - kurze Wege“ muss auch für die Zecher Kinder gelten und deshalb ist die Erweiterung der Grundschule schnellstmöglich umzusetzen.

Positiv anzumerken ist auch, dass dank des Digitalpaktes des Bundes jetzt endlich die Digitalisierung der Schulen vorankommt. Hierfür sind 368.000 Euro eingestellt.

Ebenso sind kleinere Verbesserungen an der GS Oberreitnau und neue Schulmöbel für die GS Hoyren vorgesehen.

Größere Summen für die Schulinfrastruktur hat die Kämmerei angesichts der Haushaltslage erst ab 2023 eingeplant. Sollte sich die Einnahmesituation jedoch wider Erwarten rascher verbessern, drängen wir darauf, frühzeitiger mit dem Maßnahmenpaket zu beginnen.

Notwendig und absolut wichtig für unsere Stadt sind die neuen Bahnquerungen und Erschließungen infolge der Bahnprojekte. Erfreulicherweise müssen wir hauptsächlich nurmehr Gelder zur Vorfinanzierung bereitstellen; die Hauptlast tragen Bund und Bahn. Allerdings drängt auch hier die Zeit. Oberbürgermeisterin und Verwaltung sind gefordert, in enger Abstimmung mit EBA und Bahn die nötigen Baumaßnahmen zu forcieren.

Als vordringlich sehen wir auch eine Lösung des Parkproblems an.

Um für das Kampagnenjahr gerüstet zu sein, sind eine halbe Million Euro zur Herstellung von Interimsparkplätzen eingestellt. Gleichwohl benötigen wir natürlich langfristige Lösungskonzepte. Dem von uns initiierten Bürgerbeteiligungsprozess für den KBP soll auf keinen Fall vorgegriffen werden. Er ist ergebnisoffen zu führen und wir erhoffen uns – nach dem schleppenden Start – bis zum Sommer ein einvernehmliches Ergebnis. Um handlungsfähig zu sein macht es jedoch Sinn, 200.000 Euro Planungskosten und für die Jahre 2022/2023 jeweils 5 Mio. im Finanzplan für ein Parkhaus einzustellen, egal, ob am KBP oder am Reutiner Bahnhof.

Die Straßenerneuerung der Schachener Str. ist sicherlich vonnöten und hierzu hohe Fördermittel zu nutzen richtig. Allerdings birgt die Umgestaltung zur Fahrradstraße Konfliktpotential, insbesondere für unser bewährtes Stadtbussystem, für querende Fußgänger an der Leonhardskapelle und für Anlieger. Deshalb fordern wir einen unabhängigen Verkehrsplaner zu beauftragen, der ganz konkrete Maßnahmen aufzeigt, mit denen die Nachteile für die genannten Verkehrsarten kompensiert werden können: beispielsweise ein absolutes Halteverbot im Bereich Dennenmoos/Ebnet sowie eine Vorfahrtsberechtigung für den Stadtbus an der Einmündung Höhenstraße und der Enzisweilerstraße. Nur wenn ein vernünftiger, tragfähiger Kompromiss geschaffen wird, macht diese Maßnahme in Gänze Sinn.

Nebenbei bemerkt: Was ist eigentlich mit dem vom Freistaat zur Kompensation der Straßenausbaubeiträge versprochenen finanziellen Ausgleich? Für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 waren jeweils 150 Mio. Euro vorgesehen. Für die Folgejahre: Fehlanzeige!

Fazit: Wie im Jahr 2020 werden wir wohl auch heuer mit einem blauen Auge davonkommen. Es ist der Kämmerei gelungen, die großen Einbußen zu kompensieren. Hierfür gilt unser herzlicher Dank und großes Lob. Ein großes Dankeschön auch an Sie, Frau Oberbürgermeisterin sowie an die gesamte Verwaltung sowie alle Mitarbeitenden in den Regiebetrieben und GmbHs.

Die Auswirkungen von Corona werden uns noch lange und in vielerlei Bereichen zu schaffen machen. Auch 2021 und 2022 muss den Kommunen – von Bund und Freistaat - unter die Arme gegriffen werden, ansonsten müssen wichtige Aufgaben wie Schulsanierungen und Straßeninstandhaltung hintan stehen. Hier ist der Städtetag als Interessensvertreter gefordert. Und wir selbst, indem wir persönlich

Bundestags- und Landtagsabgeordnete auffordern, sich in den jeweiligen Gremien dafür einzusetzen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2021 zu.





**10.02.2021**

## **Haushalt 2021**

**Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

**seit Verabschiedung des letzten Haushaltes hat sich in Lindau Vieles verändert. Das Corona-Virus lähmt die gesamte Stadt und dies hat auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt. Gerade in schwierigen Zeiten ist es deshalb wichtig auf die Prioritäten in der Stadtpolitik zu konzentrieren. In den letzten Jahren wurde um diese Prioritäten gerungen und festgesetzt. Andererseits hat sich auch in der Stadtpolitik im vergangenen Jahr Einiges verändert.**

**Hatte die Stadtverwaltung noch 2017 vorgeschlagen, das Grundschulgebäude in Zech zu sanieren und auszubauen und hatte der alte Stadtrat für die Haushalte 2020 und 2021 noch vier Millionen Euro dafür bereitgestellt, wurde dieses Geld vom neuen Stadtrat als erstes gestrichen. Im nun vorgelegten Haushalt für 2021 sind nur noch Platzhalter dafür vorhanden.**

**2017 wurde den Elternbeiräten der beiden Mittelschulen versprochen, dass bei einer Zustimmung für eine Zusammenlegung der beiden Mittelschulen, innerhalb von drei Jahren die Einhäusigkeit der Mittelschule vollzogen sei. Damals war dies eine Voraussetzung für deren Zustimmung, welche die Stadt dringend brauchte. Der Stadtrat entschied sich zwischenzeitlich für einen Neubau. Außerdem wurde ein Gesamtkonzept für alle Schulen vom neuen Stadtrat gefordert. In diesem Sommer werden dem Stadtrat die endgültigen Entscheidungsunterlagen für die Mittelschule und die Grundschulen**



**vorgelegt werden, jedoch finanzielle Mittel für eine Umsetzung wird es wohl in den nächsten Jahren nicht geben. Der vorgelegte Haushalt mit dem Finanzplan für die nächsten Jahre zeigt dies deutlich auf.**

**Dabei ist allen bekannt, dass es bereits im nächsten Schuljahr Schwierigkeiten geben wird, ausreichend Plätze den Schulkindern bereitstellen zu können. Von den Problemen des Mangels an Betreuungsräumen ganz zu schweigen. Sicherlich wurde in der jüngeren Vergangenheit, auch auf unser Drängen hin, einiges Geld in die Digitalisierung der Schulen gesteckt, es handelte sich dabei jedoch um Gelder aus speziellen Förderprogrammen von Bund und Freistaat und nicht um finanzielle Leistungen der Stadt.**

**Seit Jahren ist dem Lindauer Stadtrat bekannt, dass verschiedene Schulgebäude zumindest eine Grundsanierung brauchen. Der alte Stadtrat verabschiedete am 28.11.2018 eine Absichtserklärung, einen Großteil der Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke von Stadtgärtnerei und Bauhof in die Schulen zu investieren. Im nun vorgelegten Haushalt werden die Erlöse für das Grundstück der Stadtgärtnerei für andere Projekte verwendet. Die Schulen gehen wieder leer aus. Neue Wohngebiete entstehen, die Zahl der Familien und damit auch der Kinder nehmen weiterhin zu. Die Stadt ist für die Infrastruktur verantwortlich, dazu gehören auch die Schulen. Sie sind sogar eine Pflichtaufgabe der Stadt. Außer mit Lippenbekenntnissen kommt die Lindauer Kommunalpolitik jedoch seit Jahren ihren Verpflichtungen nicht nach.**

**Und nun werden die Schulen auch noch zu den großen Corona-Verlierern in Lindau.**



**Stattdessen werden im neuen Haushalt Millionen bereitgestellt, um den Stadtbus in der Schachener Straße zu behindern. Dem alten Stadtrat wurde noch zugesichert, dass die einzelnen Maßnahmen aus dem Radwegekonzept zuerst in den einzelnen Ausschüssen beraten und entschieden werden, bevor weitere Planungen angegangen würden.**

**Aber, wie bereits gesagt, in Lindau hat sich Einiges verändert. Zusagen haben an Bedeutung verloren, das Vertrauen in die Lindauer Kommunalpolitik nimmt weiter ab.**

**Der vorgelegte Haushalt spiegelt diese Entwicklung wider. Die Freie Bürgerschaft gibt zwar die Hoffnung nicht auf, dass es ein Umdenken in der Lindauer Kommunalpolitik wieder geben kann. Aber dem heute zur Abstimmung gestellten Kernhaushalt können wir, trotz einiger unterstützungswürdiger Projekte, im Gesamten nicht zustimmen. Zu viel Glaubwürdigkeit der Lindauer Kommunalpolitik steht auf dem Spiel. Wir lehnen den zur Abstimmung gestellten Kernhaushalt ab.**

**Günther Brombeiß**

# LI-HH-Rede zum HH2021 am 10.02.2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Alfons,  
Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,  
meine Damen und Herren,

Die Corona-Pandemie hat nicht nur Auswirkungen auf uns Menschen, sondern auch auf die kommunalen Haushalte.

Dabei ist das Risiko eines schweren Verlaufs bei Vorerkrankungen um ein Vielfaches höher.

Übertragen auf die kommunalen Haushalte bedeutet dies, dass bei einer wenig verantwortungsbewussten HH-Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren, die Auswirkungen uns umso härter treffen.

Wie man dies hätte besser machen können, zeigen die Berichte über die Situation des Landkreises und die Umlandgemeinden. Dort wurde investiert und gleichwohl Schulden abgebaut.

Lindau hat entgegen den steten Warnungen in den HH-Genehmigungen der Rechtsaufsicht und auch entgegen meinen Appellen in den HH-Reden in "unnötige" Projekte investiert, was zu einer stetigen Steigerung der Schulden geführt hat.

Dabei hatte der Vorgänger von Frau Dr. Alfons bei seiner ersten Wahl anderes versprochen, nämlich eine neue Finanzpolitik für Lindau, um durch kreatives Wirtschaften und Schuldenabbau unsere und die Zukunft unserer Kinder zu sichern.

Wie sich aus den Ausführungen des Kämmerers zu Beginn der Sitzung ergibt, liegen wir Ende 2021 bei insgesamt 116,42 Mio. Allein bei der GTL beträgt der Schuldenstand dann 43,18 Mio. Dabei wäre interessant zu wissen, wieviel tatsächlich auf den Abwasserbereich fällt.

Auch wenn gewisse Dinge nicht mehr zu ändern sind, möchte ich gleichwohl zwei dieser „unnötigen“ Projekte ansprechen.

Die Investitionen der Landesgartenschau werden zwar hoch bezuschusst, aber der Eigenanteil der Stadt liegt inzwischen bei rund 4 Mio. Hinzu kommen Aufwendungen von rd. 1,5 für Auffangparkplätze und shuttle-Busse, ganz zu schweigen von einem geschätzten Defizit beim Durchführungshaushalt von 1 bis 1,5 Mio. Eine Steigerung der Aufenthaltsqualität auf der Westl. Insel wäre auch ohne die Zuschüsse für eine LGS mit einem wesentlich geringeren finanziellen Aufwand möglich gewesen und ohne unsere Bürger zwei Jahre am Betreten zu hindern.

Das zweite „unnötige“ Projekt ist der Neubau der GTL. Dieser bedeutet 14 Mio neue Schulden und eine Vernichtung von Vermögenswerten an den bisherigen Standorten von Stadtgärtnerei und Bauhof. Dieses Geld hätten wir besser verwendet, um den Sanierungsstau bei unseren Schulen abzubauen. Die Reue des Schulbeauftragten über die seinerzeitige Zustimmung seiner Fraktion zum GTL-Neubau kommt leider zu spät.

Dabei wäre sogar nach den OB- und Kommunalwahlen 2020 noch ein Ausstieg möglich gewesen. Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen der Corona-Pandemie, auf die die Rechtsaufsicht in der HH-Genehmigung vom 23.03.2020 warnend hingewiesen hat, konnte ich das „Weiter-So“ von OB und der Stadtratsmehrheit nicht nachvollziehen. M.E., und mit meiner Meinung stand ich nicht allein, wäre es langfristig gesehen besser gewesen, an die Baufirma eine Abstandssumme zu zahlen als am Projekt festzuhalten, zumal jetzt noch weitere rund 1,4 Mio Investitionskosten für Gewächshäuser und eine Hackschnitzelheizung dazukommen. Letzteres sind Dinge, die am bisherigen Standort in gutem Zustand vorhanden sind.

Da ein Ende der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht absehbar ist und die dauernde Leistungsfähigkeit in den nächsten Jahren gefährdet ist, täten wir gut daran, unsere Ausgaben kritisch zu hinterfragen. Zwar ginge es dabei primär um Ausgaben im Verwaltungshaushalt, aber Ausgaben im Vermögenshaushalt haben letztlich aber doch auch Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt.

Da waren die HH-Beratungen doch etwas enttäuschend, weil keinerlei Sparwillen erkennbar war.

So wurden z.B. für die LGS weitere Investitionen bestätigt wie 90.000.- Euro für Straßenbegleitgrün und 100.000.-Euro für die Verbesserung von Grünanlagen wie Lindenhof- und Toskanapark. Dies ist umso befremdlicher als derzeit im Hinblick auf Corona noch gar nicht absehbar ist, ob und wie die LGS überhaupt

durchgeführt werden kann. So soll nach Plänen der Bundesregierung die epidemische Lage von nationaler Tragweite mind. bis Juni gelten. Und die LGS Ingolstadt geht von Besucherbeschränkungen und notwendigen online-Voranmeldungen aus. Dies dürfte ggf. einen erheblichen Einfluss auf die Besucherzahlen und damit auf die Einnahmen im Durchführungshaushalt haben.

Leider wurde auch mit 7:6 Stimmen der Antrag abgelehnt, die Planungskosten von 50.000.- Euro für den BA I der Fahrradstraße Schachenerstraße zu streichen. Sie mag zwar Teil des Bodenseeradweges sein, aber andererseits ist sie Ortsverbindungsstraße von Aeschach nach Schachen, Bodolz und Wasserburg, bei dem der PKW-Verkehr ganzjährig betrachtet deutlich überwiegt. Diese Ortsverbindungsstraße, auf der zudem der Stadtbus verkehrt, nunmehr zu einer Fahrradstraße abzustufen, erscheint mir sowohl tatsächlich als auch rechtlich bedenklich.

Derzeit arbeitet unser Stadtverkehr an einer Verbesserung des Bussystems. Wir haben eine 5.Linie eingeführt, u.a. auch um die Pünktlichkeit zu verbessern. Bereits jetzt haben wir infolge der 30km/h-Beschränkung in der Schachenerstraße Probleme die Fahrzeit nach Alwind und zurück einzuhalten. Auf weiteren 950m den Bus durch eine Fahrradstraße auszubremsen führt unsere Bemühungen ad absurdum. Da helfen auch die von Herrn Valdez in seinem letzten Schreiben aufgeführten Maßnahmen nichts.

Erfreulicherweise wurde inzwischen seitens der Verwaltung geklärt, dass es für die Aufwertung des Bodenseeradweges auch ohne die Schachenerstraße Zuschüsse gibt. Nicht nachvollziehbar ist allerdings die Aussage der Kämmerei, dass ohne die Zuschüsse für die Schachenerstraße die Umsetzung bereits laufender/angestoßener Projekte, insbesondere für Kitas, Schulinfrastruktur und Cavazzen kaum darstellbar wäre. Da muss man Schwerpunkte setzen und die Investition für die Schachenerstraße in Höhe von 2,5 Mio zurückstellen. Auf ein paar Jahre mehr oder weniger kommt es dort nicht an, zumal es in Lindau Straßen gibt, wie z.B. der Heuriedweg, deren Sanierung dringlicher wäre.

Positiv hervorheben möchte ich hingegen, dass im Verwaltungshaushalt 2,49 Mio für Schulen und 4,3 Mio Euro für Kinder und Jugend sowie im Vermögenshaushalt 7.828 Mio für Kitas und 4,7 Mio Euro für die Kita im Zech enthalten sind. Andererseits verstehe ich auch die Enttäuschung des Schulbeauftragten, der beklagt, dass Versprechungen nicht eingehalten werden.

Loben möchte ich auch die OB und die Verwaltung, dass uns die Unterlagen zu den HH-Beratungen doch noch in Papierform und ausführlicher als in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt worden sind.

Schließen möchte ich mit dem Dank an die OB und die Mitarbeiter der Verwaltung für die geleistete Arbeit in nicht einfacher Zeit sowie an die vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Stadt.

Auch wenn wir mit der einen oder anderen Investition nicht einverstanden sind, wird die Lindau Initiative gleichwohl, wenn auch mit erheblichen Bedenken, dem Haushalt 2021 zustimmen.

Gleiches gilt für meine Kollegin in der Ausschussgemeinschaft, Frau Christiane Norff von der ÖDP, die allerdings in dem einen oder anderen Punkt, wie z.B. zur Landesgartenschau und zur Fahrradstraße, meine Meinung nicht teilt.

Jürgen Müller

## Haushaltsrede 2021 Freie Wähler Lindau

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen,

Zunächst einmal vielen Dank an den Stadtkämmerer Felix Eisenbach und sein Team für die Ausarbeitung des aktuellen Haushalts. Die Qualität der Ausarbeitung zeigt, dass der Haushalt 2021 trotz der aktuell nicht einfachen Lage gut vorbereitet wurde und deshalb die Haushaltsberatungen zielgerichtet, sachlich und in kurzer Zeit möglich waren.

Aktuell sind die Rahmenbedingungen für finanziellen Planungen aufgrund der Corona-Pandemie äußerst schwierig. Bald täglich ändern sich die Zahlen, was Unterstützungen, Zuschüsse und Ausgleichszahlungen betrifft.

Diese Dynamik gilt es in ein seriöses Zahlenwerk zu fassen und damit den künftigen Haushalt aufzustellen.

Bezeichnend für diese Situation ist die Tatsache dass sich bis einen Tag vor den Haushaltsberatungen die Zahlen änderten und wir somit kurz vor Schluss noch ein Update bekommen haben, damit unsere Beratungen entsprechend durchgeführt werden konnten.

Die gute Nachricht ist, sowohl der Verwaltungshaushalt als auch der Vermögenshaushalt sind ausgeglichen. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 2,858 Mio. EUR bleibt trotz schwierigen Verhältnissen auf dem Niveau von 2020.

Für die dauerhafte Leistungsfähigkeit ist dies ein wichtiger Punkt.

Wir müssen darauf achten dass wir beim Verwaltungshaushalt durch vernünftige Entscheidungen die Kosten nicht jährlich nach oben treiben, sondern das Ziel muss sein, durch Optimierungen innerhalb der Verwaltung einen kostenneutralen Mehrwert für unsere Stadt zu erreichen.

Ebenso müssen wir künftig die Einnahmensituation auf Optimierung prüfen und umsetzen.

Die aktuelle Coronalage ist für unsere heimische Wirtschaft, das Handwerk, den Handel die Gastronomie und Hotellerie die größte Herausforderung. Wir müssen als Stadt weiterhin als Partner flexibel und zuverlässig unterstützen, um diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen.

Dass die Entwicklung Lindaus nicht ohne Investitionen zu machen ist, hat die nahe Vergangenheit gezeigt. Auch 2021 sind große Summen nötig, um die begonnenen Projekte abzuschließen oder neue Themen zu beginnen.

Wichtig ist hier die Abwägung zwischen nice to have oder dringend erforderlich.

Im HH 2021 sind so gut wie keine „nice to have“ Projekte vorhanden.



## **Soziales**

Die Zuschüsse und Investitionen in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie und Schule sind mit knapp 16 Mio. EUR auch in diesem Jahr auf einem hohen Niveau und zeigen, dass hier ein dringender Nachholbedarf besteht und die Sanierung, der Ausbau und der Neubau von Kitas und Schulen nötig ist und Lindau auch in den kommenden Jahren noch fordern wird.

Wir freuen uns dass es im Bereich der Lindauer Spielplätze vorangeht, der Spielplatz am Sina-Kinkelin-Platz ist seit November in Betrieb. Auf der Hinteren Insel entsteht ein neuer Spielplatz. Es wurde ein Paket geschnürt, das eine Optimierung und Überarbeitung der Spielplätze im gesamten Stadtgebiet ermöglicht. Vielen Dank an die engagierten Mitarbeiter der GTL die hier mit viel Planungskompetenz und Einsatz das Thema vorantreiben und dabei stets die Kombination von Sicherheit und guten Spielangeboten für unsere Jüngsten bieten.

## **Infrastruktur**

Im Bereich Infrastruktur werden auch im kommenden Jahr wichtige Maßnahmen geplant und umgesetzt, wie beispielsweise die Eröffnung der Bahnquerung Langenweg/Bregenzer Straße, den Bau der Unterführung Hasenweideg Ost, die Bahnquerung Lotzbeck und die Neuerschließung Giebelbach sind unsere Aufgaben für 2021.

Auch darf der Straßen-, Brücken-, Rad- und Fußwegbau und Überarbeitung nicht fehlen.

Für diese wichtigen infrastrukturellen Maßnahmen, die entscheidende Vorteile für die nächsten Jahrzehnte in Lindau bringen, ist ein hoher Investitionsaufwand erforderlich.

Hier zeigt sich wie wichtig eine gute und zielgerichtete Verhandlungsführung mit Fördergebern ist, damit in Lindau längst überfällige Maßnahmen an der Infrastruktur abgearbeitet werden.

Wir Freie Wähler unterstützen diese Vorhaben gerne.

Erfreulich ist auch der weitere Ausbau des Bodensee-Radwegs mit einem Budget 2,8 Mio. EUR. Denn der Bodensee-Radweg soll in Zukunft nicht mehr nur den Freizeit-Radlern dienen, sondern auch Bestandteil des städtischen Fahrradwegenetzes sein.

## **Kultur**

Vorzeigegroßprojekt Cavazzen. Die Möglichkeit ein solch altes Gebäude, mit Rekordförderungen, zu sanieren und zeitgleich ein modernes Kunst- und Kulturzentrum aufzubauen ist einmalig.

Mit hohem Einsatz und viel Kompetenz zeigen die Verantwortlichen dass sie das Projekt unbedingt stemmen wolle. Der Baufortschritt bestätigt dies. Man freut sich auf die nächsten Meilensteine!!

Hierfür einen besonderen Dank und Anerkennung für das Team vom Kulturamt und der städtischen Hochbauabteilung, aber auch dem Förderverein Cavazzen.

### **Gartenschau**

Mit viel Einsatz wurde im vergangenen Jahr die Hintere Insel bearbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir freuen uns auf eine hoffentlich durchführbare und erfolgreiche Veranstaltung mit vielfältigem Programm. Herzlichen Dank an Claudia Knoll mit ihrem Team und dem Förderverein um Ulli Kaiser für ihre Arbeit.

### **Therme**

Fertigstellung und Inbetriebnahme im Mai. Wir freuen uns auf Therme, Bürgerbad und Freibad.

Wirtschaftsfaktor, Arbeitsplätze, Sportstätte und Anziehungsmagnet und Mehrwert für Lindau, viel diskutiert, Jahre geplant und nun endlich fertig. Herzlichen Dank an Herrn Schauer mit Team. Wir wünschen auch hier einen hoffentlich erfolgreichen Start in die neue Badezeit im Eichwald.

Unser Dank gilt der Oberbürgermeisterin Frau Dr. Alfons die in diesen bewegten und schwierigen Zeiten das Amt übernommen hat und vom ersten Tag an mit den Auswirkungen der Pandemie konfrontiert war. Frau Dr. Alfons hatte von Anfang an ein Augenmerk darauf, die dauerhafte Leistungsfähigkeit zu sichern. Mit einer restriktiven Finanzpolitik sind wir zuversichtlich, alle gemeinsam die Herausforderungen und finanziellen Auswirkungen, die die Corona-Pandemie mit sich bringt, meistern zu können.

Unser Dank gilt auch allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und Gesellschaften wie GWG, IML, GTL, Stadtwerke mit Stadtverkehr und TKL, der LTK, dem Seniorenheim Reutin, den Bäderbetrieben und den Mitarbeitern der Gartenschau. Sie alle machen einen super Job. Bleiben Sie weiterhin mit Engagement dabei und bleiben sie vor allem gesund

Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2021 zu.

Vielen Dank  
Andreas Reich Sprecher der FW

## HH 2021

An sich nichts neues und wie in der Vergangenheit sind auch die nächsten Genehmigungen auf Kante genäht. In 5 Minuten die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten und die Fehler zu akzeptieren, war bisher nicht meine Sache. In den vergangenen Jahren hatten wir jedoch den Vorteil der erheblichen Steuermehreinnahmen, welche die Löcher stopften.

Ich erinnere heute nur an einen Feuerwehrbedarfsplan, der 2017 von der CSU und vielen Stadträten gefordert war, aber heute eher verschwiegen werden soll, weil die Feuerwehr Kosten verursacht. Ein ganzseitiges Interview mit dem Kommandanten hätte ich lieber im Stadtrat mir angehört und diskutiert, als die Situation aus der Zeitung zu erfahren. Eine bestmögliche Ausstattung und Ausrüstung der vielen ehrenamtlich arbeitenden Feuerwehrleute, sollte genauso unterstützt werden wie: Schulgebäude unterhalten und erneuern und Personalanpassung.

Auf die lange Bank schieben heißt für mich: Hoyerberg-Schlössle.

Also stimmen wir einem Haushalt zu, der Schulden macht die wiederum durch Grundstücksverkäufe teilweise getilgt werden sollen. Funktioniert bei der Kommune, ist aber nicht zielführend und Zukunft. Schulden machen, ....wenn was Vernünftiges entsteht, ist ok, aber die Inselhalle zeigt, wie es nicht richtig funktionierte und das bei hochqualifiziertem und hochgelobtem Personal in der Verwaltungsspitze.

Ich selbst werde dem Haushalt nicht zustimmen, weil die Einspar-Möglichkeiten nicht im Gesamten geprüft werden und wurden. Ein Beispiel ist der Busshuttle von der Blauwiese und den entstehenden Kosten für einen neu zu schaffenden Parkbereich für Reisemobile auf dem Zecher Hartplatz. Da ignorieren wir Einnahmen durch Reisemobile auf der Blauwiese, anstatt Verhandlungen zu führen, um die Parkplätze für PKW auf dem Cofely Gelände zu vergrößern. Florian Nüberlin wird dem Haushalt zustimmen, weil er hofft, dass die Verwaltung in Zukunft besser recherchiert und die Optimierungen erkennt und realisiert.

Haushalten heißt für mich: zuallererst den Aufwand mit dem Nutzen vergleichen und die Kosten dazu zu ermitteln.

Frau Dr. Alfons hat ein schweres Erbe angetreten, aber als Richterin am Landgericht in München müsste Sie auch:

Analysieren, vergleichen, entscheiden und urteilen, oder Verurteilen.

Mal sehen, ob wir das gemeinsam schaffen, ich sehe aber aktuell zu wenig Verbesserungen in den Strukturen.

Wir dürfen aber nicht an unseren Infrastrukturprojekten sparen, deshalb fordern wir auch den Geländeankauf freiwerdender Bahnflächen, soweit die für eine kommunale Umsetzung erforderlich sind. Wir benötigen langfristige Finanzierungspläne für den Mittelschulneubau, Straßenerneuerungen und -Ertüchtigungen, Feuerwehr-, Park- und Mobilitätsbedarfspläne,

die Verkehrsdrehscheibe Berliner Platz, den Inselbahnhofsvorplatz, aber auch Investitionen in Schulen, Digitalisierung, und das dann gemeinsam abgestimmt mit der Rechtsaufsicht, damit Lindau dauerhaft leistungsfähig bleibt und gut gewappnet in die Zukunft starten kann.

„Sale and lease back“, war mal ein Heilmittel, aber bei nahezu 0 % Zinsen müssen wir die Schulden zu unseren Projekten selbst machen.

Ich bedanke mich bei den beiden Bürgermeistern Frau Dorf Müller und Herrn Hotz, dass Sie gemeinsam mit der neuen OB als unsere neue Stadtführung ein kompetentes, engagiertes und erfolgreiches Team wurden und nun sind. Neu denken und Lindau optimal zu managen, ist die Aufgabe.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Alfons,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

zunächst richten wir unseren Dank an die Mitarbeitenden der Kämmerei, im Besonderen an Herrn Felix Eisenbach, für die professionelle Vorbereitung, so dass auch in diesem Jahr die Beratungen in kürzester Zeit abgeschlossen waren.

Es ist der erste Haushalt, der unter der Ägide der neuen Oberbürgermeisterin aufgestellt wird und das gleichmal in einer Krise von epochalem Ausmaß. Bei aller Seriosität der Steuerschätzung, letztendlich bleiben große Unsicherheiten, wie sich die Einnahmensituation entwickeln wird. Gleichzeitig poppten im Nachlauf einige Kostenmehrungen der laufenden Großprojekte auf. Das ist beileibe keine optimale Basis für einen Start in das neue Haushaltsjahr!

Natürlich gilt es, angefangene Projekte zu Ende zu bringen. Das gilt für Bahn-Unterführungen, das Bad im Eichwald, aber auch für die Gartenschau. Das darf aber nicht bedeuten, dass einmal bewilligte Mittel ohne weitere Kontrolle ausgegeben werden, vor allem dann nicht, wenn sich Bedingungen grundlegend ändern. Als Beispiel sei hier der Durchführungshaushalt der Landesgartenschau genannt, der angesichts der zu erwartenden Erlösminderung zur Besorgnis Anlass geben muss.

Beim Stichwort Erlösminderung fällt uns auch die LTK ein. Kaum ist mit viel Geld unsere Tagungshalle entstanden, bricht der Markt COVID-bedingt ein. Es wird nicht reichen, nur die Mittel zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes der LTK/Inselhalle bereitzustellen. Wir werden der LTK intensiv zur Seite stehen müssen, bei der Suche nach Märkten und Geschäftsfeldern und Nutzungskonzepten für die Inselhalle, sollte - was zu befürchten ist - der „Nach-Corona-Markt“ länger schwächeln bzw. sich verändern.

An unseren Pflichtaufgaben kommen wir nicht vorbei. Die Mittel für unsere Schulen, Kitas, Feuerwehr und Straßen sind nach geschätzter - und viel-diskutierter - Dringlichkeit zu verteilen. Aber auch hier gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, die eine Steigerung der Effizienz erlauben. Dazu brauchen wir gelegentlich externe Analysen. Die jedoch sind teuer und zeigen nur selten Einsparpotentiale auf.

Zum Vermögenshaushalt und den Verpflichtungsermächtigungen:  
Wir geben viel Geld für Kinder- und Jugendbetreuung aus, was sehr gut ist, wir geben viel Geld für Kultur aus, was auch erfreulich ist, und wir geben sehr, sehr viel Geld für Verkehrsinfrastruktur aus, wobei **einem** Verkehrsmittel überproportional viel Gutes geschieht, leider auch zu Lasten aller anderen Verkehrsteilnehmer.

Vielfach vergessen wir hier in diesem Rat, dass wir hauptsächlich von Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und Umsatzsteuer leben. Und das Generieren dieser Steuerarten ist weiterhin an motorisierter Mobilität gekoppelt. Dafür brauchen wir eine angepasste Infrastruktur.

Natürlich machen wir uns Sorgen über das Anwachsen des Schuldenberges, bei dem wir die Schulden der Regiebetriebe und Tochterunternehmen gedanklich dazu addieren müssen. Nicht Zinsen sind das Problem, sondern die hohe Bindung unserer Finanzmittel für die Tilgung, die uns zukünftig in der Handlungsfreiheit einschränkt.

Wir beobachten: Hohe Förderbeträge für große Projekte lassen die Eigenleistung bei vielen Projekten als „Peanuts“ erscheinen. Absolut gesehen verbleibt aber ein hoher Betrag, der vielmals mit Schulden oder mit Veräußerung von Immobilien gestemmt werden muss.

Kritisch sehen wir die Veräußerung von Vermögen. Eine Kommune sollte ihre Immobilien wie Kronjuwelen hüten.

Aber wenn wir uns dennoch zur Veräußerung von städtischen Immobilien gezwungen sehen, darf man nicht nur an Bestandsimmobilien denken, sondern muss auch zukünftige Projekte mit ins Kalkül ziehen.

Wenn wir in die Entwicklung städtischer Immobilien und Flächen investieren, da denken wir an die westliche Insel, sind wir einerseits in der Lage, die Entwicklung unserer Stadt auf Jahrzehnte in unserem Sinn zu gestalten und haben es gleichzeitig in der Hand zumindest teilweise Wertsteigerungen zu realisieren, um diese wieder an anderer Stelle zu investieren.

Wir dürfen nicht vergessen: die Investitionen, die im VMHH abgebildet werden, dienen **auch** dazu, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Handel, Handwerk und Gewerbe aufblühen und kräftig Steuern zahlen können, die dann dem Verwaltungshaushalt zu Gute kommen.

Hohe Einnahmen und **geringere** Ausgaben im VWHH führen bekanntlich zu Zuführungen zum Vermögenshaushalt, somit zur Tilgung der Schulden und zur Vermeidung, Tafelsilber verkaufen zu müssen.

In diesem Zusammenhang freut es uns, dass die Oberbürgermeisterin die Digitalisierung der Verwaltung massiv vorantreiben möchte. Ziel der Digitalisierung ist es nicht, die heutigen Abläufe der Verwaltung 1:1 abzubilden. Mit Digitalisierung geht eine Optimierung der Abläufe, Konsolidierung und Automatisierung der Prozesse einher. Wir raten dringend dazu, hierbei **mutig** quantifizierbare Ziele zu benennen. Die Digitalisierung muss ein Vehikel sein, die jährlich stetig steigenden Kostenpositionen im Verwaltungshaushalt einzudämmen. Nach Jahrzehnten der Kostenfortschreibung mit linearer Steigerung, muss nun eine Zäsur kommen, die nur durch eine Restrukturierung im Rahmen der Digitalisierung erreicht werden kann.

Wir warnen davor, auf das Setzen von quantifizierten Zielen zu verzichten, so wie es leider bei der GTL war: da wurde das schwammige Ziel „Synergien heben“ genannt. Letztendlich aber wurde alles sprunghaft teurer. Hier muss gegen gesteuert werden.

Mit diesen Ausführungen lasse ich es bewenden. Es muss heute Abend nicht von jedem alles gesagt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir, die Bürgerunion, haben viele Entscheidungen mitgetragen und werden diese auch weiterhin mittragen, auch wenn sie nicht immer unserem Ideal entsprechen.

Denn nicht immer stimmen die Rahmenbedingungen: Zeit, Mittel, Manpower fehlen oft, man muss Kompromisse schließen. Und wir sind realistisch genug, dass wir unter einer Richtungsänderung nicht ausschließlich die 180 Grad Kehre sehen. Eine leichte Drehung um wenige Grad reicht oft, um dem Ziel näher zu kommen.

In diesem Sinne stimmen wir dem Haushaltsplan so zu.

Prof. Dr. Ulrich Schöffel und Oliver Eschbaumer für die Bürgerunion Lindau

## Bunte Haushaltsrede 2021

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen des Rats,

als neues Mitglied in diesem Gremium erspare ich uns Vergleiche mit den Haushalten anderer Jahre.

### **Stadtbus**

Nicht erspart blieb mir die Erfahrung, mit welcher Nonchalance die Elektrifizierung des Stadtbusses vom Tisch gewischt wurde. Diese Großchance für Klimaschutz wurde vergeben ohne nennenswerten Widerstand, ohne Suche nach einer gleichwertigen Lösung, ohne die gesamten Kosten unseres Busbetriebs zu betrachten.

Trotzdem bleibt die Aufgabe, den Stadtbus zu elektrifizieren, bestehen. Wir bemühen uns, den Schaden so gering wie möglich zu halten und zählen auf die Unterstützung aller konstruktiven Gruppen unter uns.

### **Corona und Klimakrise im Haushalt**

Obwohl gedämpft und mit Verzögerung wirkt sich Corona auch auf unseren Haushalt aus. Die Einkommens- und Gewerbesteuer schrumpft zum ersten Mal seit Jahren. Das ist natürlich bedenklich. Andererseits eröffnen sich neue Einnahmen. Es gab Schutzschirme vom Bund und Land. Weil wir keine 13 Millionen im Karl-Bever-Platz versenkt haben, hilft uns die Parkraumbewirtschaftung im Verwaltungshaushalt und das Umweltministerium im Vermögenshaushalt. Millionen Euro Förderzusage für den Straßenausbau, wenn er den Radverkehr fördert, ist der Vorbote künftigen Fördersegens. Selbst die noch wenig ehrgeizigen Klimaziele des Bundes sind nur erreichbar, wenn den Kommunen die nötigen Mittel in die Hand gegeben werden. Wir laden auch die klimapolitisch wenig ambitionierten ein, diese Angebote wahrzunehmen. Denn es ist vernünftig.

Auf der Basis guter Konzepte zum Klimaschutz, für die Stadtentwicklung, zur Mobilität können die Maßnahmen daraus in Förderanträgen begründet werden. Konzepte und Maßnahmen müssen aber schon frühzeitig vorhanden sein, denn der frühe Vogel fängt den Wurm. Wenn es uns gemeinsam gelingt, diese Welle des Wandels zu surfen, müssen wir uns keine Sorgen um den Haushalt machen.

### **Reorganisation in der Verwaltung**

Trotz der schwierigen Randbedingungen werden neue Stellen geschaffen, wie die Stelle der Organisationsentwicklung, in der Stadtplanung, zur Bürger:innen Beteiligung. Diesen Schwerpunkt auf strategische Themen schätzen wir Bunte sehr. Langfristig ist es gut investiertes Geld. Im aktuellen Hoyboten zeigen wir mit dem Beispiel einer Stadtentwicklungsgesellschaft nach dem Vorbild der Stadt Ulm Wege auf, um unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Allerdings erwarten wir auch, dass sich die Organisationsentwicklung und Digitalisierung mittelfristig in einer sinkenden Belastung der Verwaltung zeigt. Und die muss sich wenigstens teilweise im Personalbudget niederschlagen.

In der Vergangenheit haben wir hier schon Vorschläge gemacht, beim Bauunterhalt beispielsweise. Weil so etwas nie von allein geschieht, empfehlen wir der künftigen Leitung Organisationsentwicklung mit dem Amt auch dieses Ziel zur Aufgabe zu machen.

### **Bezahlbares Wohnen**

Letztes Wochenende haben die Seebrücke und die Fridays for Future gemeinsam auf die unhaltbaren Zustände in den Lagern an den Grenzen unserer EU aufmerksam gemacht.

Warum die Fridays for Future? Die sind doch für Klimaschutz!



Weil sie verstanden haben, dass die Verletzlichen und Unterprivilegierten dabei besonderen Schutz brauchen. Sie haben erkannt, dass einsamer Reichtum kein Wohlstand ist.

Das gilt natürlich auch hier. Den größten Einfluss haben wir beim Thema Wohnen. Obwohl es noch vor einem Jahr im Wahlkampf in aller Munde war, hört man jetzt nichts mehr davon. Statt dessen basiert die Haushaltsplanung der kommenden Jahre auf den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen! Hier wird das Tafelsilber verscherbelt, als ob's nachwachsen würde.

Wir haben einen anderen Vorschlag:

Stadtentwicklung auf eigenen Flächen. Damit erfassen und berücksichtigen wir die Bedürfnisse derer, die von der Preisentwicklung im Wohnungsmarkt abgehängt und aus ihrem Quartier verdrängt werden. Das Gebot der Stunde ist es Grundstücke zu kaufen und für das Gemeinwohl zu sichern.

Solange wir das nicht tun, sind Grundstücksverkäufe keine Option für uns!

### **Zusammengefasst,**

können wir zuversichtlich auf die nächsten Jahre sehen, wenn wir den Klimaschutz ernsthaft und pragmatisch betreiben.

Aber einem Haushalt, der den Betrieb von Dieselnissen fortschreibt und wesentlich auf dem Verkauf von Grund basiert, können wir nicht zustimmen.

Daniel Obermayr

# Haushaltsrede der AfD in Stadtrat Lindau: Stadtrat Dr. Rainer Rothfuß

10.02.2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

meine erste Haushaltsrede im Stadtrat Lindau halte ich in den seit Jahrzehnten schwierigsten, wohl erst richtig beginnenden wirtschaftlichen Krisenzeiten. Die **Auswirkungen der desaströsen Corona-Politik der Bundes- und Landesregierung** werden sich in 2022 und wohl darüber hinaus noch verschärfen. Der **angebahnte Crash des Mittelstands** wird auch in Lindau noch über Jahre hinweg die Steuereinnahmen der Stadt stärker beschneiden als die Kämmerei bislang absehen kann.

Für viele Lindauer Kleinunternehmer und Bürger bedeutet dies **unvorstellbare Nöte und Zukunftsängste**, über die noch wenig gesprochen wird. Die amtierende Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons und ihre Verwaltung bewähren sich unter den schwierigen Umständen mit einem immerhin noch ausgeglichenen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2021, obwohl sie ein schweres Erbe von ihrem Vorgänger Dr. Ecker (SPD) auferlegt bekommen hat. Es ist dies ein monumentaler Schuldenberg in Kernhaushalt und Eigenbetrieben, der über viele Jahre hinweg angehäuft wurde und noch kommende Generationen von Steuerzahlern belasten und den Handlungsspielraum der Stadt empfindlich beschneiden wird.

Vielen Bürgern sagt ein dreistelliger Millionenbetrag an Schulden nicht viel. Schließlich werden in Zeiten der durch den Corona-Lockdown initiierten Mega-Wirtschaftskrise nicht nur im Milliarden-, sondern auf EU-Ebene sogar im Billionenbereich Hilfs- und Rettungspakete geschnürt. Das mag gut klingen – frei nach dem Motto – nach unseren Schulden die Sintflut bzw. der Rettungsschirm. Aber in Wahrheit ist es höchst gefährlich, wenn die öffentliche Hand die Flucht ins Schulden-Nirvana als bequemen Weg einschlägt. Seit 2014 bis heute hat sich die Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei auf über sieben Billionen Euro mehr als verdreifacht. **Mittels inflationärer Geld- und Niedrig- bis Negativzinspolitik sowie durch Steuererhöhungen entschuldet sich die öffentliche Hand klammheimlich**. Sie vernichtet dabei aber auch das ersparte Vermögen von Millionen Sparern und Kleinunternehmern mittels latenter Geldentwertung und Inflation – an den Immobilienpreisen schon ansatzweise ablesbar.

Zurück zur Stadt Lindau: Laut Kämmerer Felix Eisenbach fehlen der Stadt nach aktueller Vorausschau fast 10 Millionen an Steuereinnahmen. Klugerweise hat der Landkreis Lindau beschlossen in Form einer um 1,5 Punkte gesenkten Kreisumlage die Kommunen in der aktuellen Sondersituation zu entlasten, um die Einnahmen-/Ausgabenlücke der Kreisgemeinden wenigstens ein Stück weit zu schließen. Trotzdem plant die Stadt 15 Millionen Euro zusätzliche Schulden. Damit wird **Ende 2021 die 50-Millionen-Marke im Kernhaushalt geknackt** und Lindau pirscht sich mit fast 2.000 Euro Schulden pro Einwohner an die **Top-3 der am höchsten verschuldeten aller 2.056 Kommunen Bayerns** heran. Bezieht man korrekterweise die Verschuldung der Eigen- und Regiebetriebe mit ein, so ergibt sich ein

Gesamtschuldenstand von 116 Millionen Euro Ende 2021. Dies ergibt eine **Pro-Kopf-Verschuldung von ungläublichen 4.500 Euro** und damit dem rund **Fünffachen des bayerischen Durchschnitts!**

Diese immense Neuverschuldung ist noch nicht einmal „Corona“ zuzuschreiben, sondern war in sogar noch größerer Höhe bereits im Haushaltsplan vor der Corona-Krise unter **Ex-OB Eckers Verantwortung** vorgesehen! In der Bürgerzeitung vom 4. April 2020, S. 3 hatte Herr Ecker angesichts des nur unter Auflagen genehmigten Haushalts noch recht **respektlos gegenüber der kommunalen Aufsichtsbehörde** getönt: „Auf die alljährlichen, immer gleichen, schulmeisterlichen Ausführungen des Landratsamts kann man gerne verzichten.“

Die Stadt Lindau hat **über acht Jahre hinweg viel zu viele und teilweise auch fragwürdige bzw. unnötige Großprojekte** durchgeführt – als gäbe es kein Morgen. Kein seiner Bank, den Kunden bzw. dem Finanzamt rechenschaftspflichtiger Unternehmer könnte es sich leisten so zu wirtschaften. Etwas Vergangenheitsbewältigung tut hier not, um aus Fehlern für die Zukunft zu lernen. Hätte der frühere OB gegenüber dem von mir initiierten **Bürgerentscheid für einen „Hauptbahnhof in Reutin und eine eingleisige Anbindung der Insel“ 2012** den gleichen, der bayerischen Landesverfassung und Gemeindeordnung gebührenden Respekt entgegen gebracht wie Frau Dr. Alfons aktuell dem Bürgerentscheid gegen ein Parkhaus am Karl-Bever-Platz, dann hätte sich die Stadt einige unnötige Großprojekte und damit auch eine **Schuldenlast in zweistelliger Millionenhöhe ersparen können**.

An den großen Sparschrauben kann momentan leider kaum gedreht werden angesichts verpflichtend anstehender Großprojekte, aber auch im Hinblick auf jahrelang sträflich vernachlässigte und immer noch zu kurz kommende Instandsetzungsmaßnahmen gerade an unseren Straßen. Es wären zumindest die kleinen Schritte und Maßnahmen, die Hoffnung auf Besserung machen sollten:

- Die für 2021 angesetzten Beratungen über eine nochmalige Erhöhung der **Aufwandsentschädigung für uns Stadträte** sollten abgesetzt werden als Zeichen der Solidarität mit den vielen Menschen in unserer Stadt, die sehr hart getroffen wurden von der desaströsen Corona-Lockdown-Politik;
- Der **Personalbestand der Verwaltung** sollte nach Abarbeitung des Modernisierungs- und Digitalisierungsstaus konsequent wieder abgebaut und auf ein gesundes Maß zurück geführt werden;
- Einnahmepotenziale wie – dies sei hier nur exemplarisch genannt – die Parkgebühren auf dem geplanten **Hartplatz Zech** sollten nicht an auswärtige Dauerparker verschenkt werden angesichts eines lächerlichen Tagessatzes von 2 Euro und zugleich fehlender Mittel für wichtige Aufgaben für unsere Bürger.

Trotz Anerkennung der Bemühungen unserer Oberbürgermeisterin und der Verwaltung um Aufstellung eines hoffentlich ab 2024 wieder dauerhaft leistungsfähigen Haushalts werde ich als Vertreter der Alternative für Deutschland im Stadtrat Lindau die **Haushaltssatzung für das Jahr 2021 angesichts der zukünftige Generationen zu sehr belastenden Schuldensituation ablehnen** müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!